

Rente mit 67 kommt früher

Regierung beschleunigt überraschend Reform der Altersversorgung / Alle ab Jahrgang 1964 betroffen / CDU-Politiker Weiß: am Rande der Zumutbarkeit

VON TIMOT SZENT-IVANYI
UND DANIELA VATES

BERLIN. Die Deutschen müssen sich schon früher als bislang geplant auf die Rente mit 67 Jahren einstellen. Die Bundesregierung beschloss gestern überraschend, dass das höhere gesetzliche Renteneintrittsalter nicht erst für die Jahrgänge ab 1970, sondern bereits für alle ab dem Geburtsjahr 1964 gelten soll. Das Bundeskabinett unter Kanzlerin Angela Merkel (CDU) verständigte sich mit dieser Festlegung auf einen Vorschlag von Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD).

Das bedeutet, dass Arbeitnehmer, die heute 42 Jahre oder jünger sind, Abschläge in Kauf nehmen müssen, wenn sie vor dem 67. Lebensjahr in den Ruhestand gehen. Für die heute 43- bis 59-Jährigen gilt eine Stufenregelung. So soll das Rentenalter nach Angaben von Müntefering ab 2012 in einer ersten Phase von zwölf Jahren jährlich um einen Monat steigen. In den sechs Jahren 2024 bis 2029 wird das Rentenalter jährlich um zwei Monate angehoben. Bislang war Konsens in der Koalition, dass die Anhebung über einen Zeitraum bis 2035 vorgenommen wird. Es soll aber dabei bleiben, dass diejeni-

gen, die 45 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt haben, weiterhin mit 65 Jahren in Rente gehen können.

Der Kurswechsel der Regierung löste in der schwarz-roten Koalition Irritationen aus. Der Vorsitzende des Bundestags-Ausschusses für Arbeitsmarktpolitik, Gerald Weiß (CDU), kritisierte, es sei falsch, so wenige Wochen nach Abschluss des Koalitionsvertrages wichtige Rahmendaten zu verändern. „Diese Vorgehensweise ist am Rande der Zumutbarkeit“, sagte Weiß der Berliner Zeitung. „Für eine Regierung, die konstante Rahmenbedingungen vermitteln will, ist das alles andere als akzeptabel.“ Es handele sich beim Renteneintrittsalter um ein wichtiges Element für die individuelle Lebensplanung. Die Daten zur demografischen Entwicklung hätten sich seit November nicht verändert.

Weiß sagte, die Kernfrage bleibe, ob für die dann weiter arbeitenden Älteren überhaupt Arbeit vorhanden sei. „Das darf kein Instrument der Rentenkürzung sein“, sagte Weiß. In den vergangenen Tagen hatten sich auch Agrarminister Horst Seehofer (CSU) und Unions-Fraktionschef Volker Kauder (CDU) gegen Münteferings Pläne gestellt.

Kritik kam auch von den Grünen. „Man kann nicht einen früheren Einstieg in die Rente ab 67 beschließen, ohne die schwierige Arbeitsmarktsituation für ältere Arbeitnehmer durch Qualifikation zu verbessern“, sagte die Fraktionsvorsitzende Renate Künast dieser Zeitung. Ähnlich äußerten sich die Gewerkschaften. Die Vize-Chefin von Verdi, Margret Mönig-Raane, sagte: „Wenn nicht gleichzeitig mehr Arbeitsplätze für Ältere und altersgerechtes Arbeiten geschaffen werden, ist das Ganze nur ein weiteres Programm zur Absenkung der Renten.“ Schon heute seien in vielen Betrieben Beschäftigte im Alter von Ende 50 eine Seltenheit. Überdurchschnittlich viele Ältere würden arbeitslos. „Ein Ende dieser Entwicklung ist zur Zeit nicht in Sicht“, sagte Mönig-Raane. „Je früher die Menschen aus dem Berufsleben ausscheiden, desto mehr zahlen sie drauf, wenn die Lebensarbeitszeit verlängert wird.“

Arbeitgeber-Präsident Dieter Hundt nannte die Anhebung des Rentenalters unverzichtbar, um den Beitragssatz in der Rentenversicherung dauerhaft unter 20 Prozent zu halten. *(mit jöm., ml.)*